

Jahresbericht

2025



INHALT

- ① Der Widerstand wächst
- ② 500'000 Unterschriften gegen geschlechtsspezifische Gewalt
- ③ Der Klimaschutz hat einen schweren Stand
- ④ Noch mehr Milliarden für die Armee
- ⑤ Mit Engagement zu erfolgreichen Wahlen
- ⑥ Der Aufwärtstrend hält an
- ⑦ Zahlen & Fakten



Foto: Moyra Strub

Das Co-Präsidium Cédric Wermuth und Mattea Meyer.

DER WIDERSTAND WÄCHST

2025 war geprägt von einer Welt im Umbruch und einer bürgerlichen Mehrheit, die Kaufkraft, Klimaschutz und Gleichstellung angreift. Doch der Widerstand nimmt zu – im Parlament, an der Urne und weit darüber hinaus.

Es ist dieses Bild, das ein ganzes Jahr prägte: An der Feier zur Amtseinsetzung von Donald Trump in den USA sassen die Tech-Milliardäre in der ersten Reihe, bereit, gemeinsam mit dem autoritären Präsidenten alles aus dem Weg zu räumen, was ihren Profiten entgegensteht – Menschenrechte, Umweltschutz, internationale Zusammenarbeit. Was folgte, war ein Jahr der Eskalation: Zollkrieg, Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen, das Völkerrecht wurde mit Füßen getreten. Von der Ukraine über Gaza und den Sudan bis zum Angriff auf den Iran – wir sind konfrontiert mit einer Welt, in der zunehmend das Recht des Stärkeren gilt. Und die Schweiz? Statt sich als Hüterin des Völkerrechts in Stellung zu bringen, wählte der Bundesrat einen Anbiederungskurs, der weit über unsere Partei hinaus für Empörung sorgte.

Kaufkraft unter Druck

Im Parlament erlebten wir einen eigentlichen Angriff auf die Kaufkraft der Menschen: Angriffe auf kantonale Mindestlöhne, Ausdehnung der Sonntagsarbeit, Aufweichung der Arbeitszeitregelungen. Gleichzeitig wurde alles, was den Alltag der Menschen erleichtert hätte – von Prämienverbilligungen über Kita-Zuschüsse bis zur Opferberatung – stets mit demselben Argument abgeschmettert: kein Geld. Milliarden Franken hingegen flossen ins Verteidigungsdepartement (VBS), in die Aufrüstung, wobei Beschaffungsprojekte reihenweise scheitern und sich der angebliche Fixpreis für den Kampfflieger F-35 plötzlich als Illusion entpuppt. Die UBS versuchte trotz der deutlichen Ergebnisse der CS-PUK, jede wirksame Bankenregulierung zu verhindern. Und die Finanzierung der 13.-AHV-Rente, einer der grossen Erfolge aus dem Vorjahr, bleibt ein Kampf, der uns weiterhin beschäftigt.

Rückschläge beim Klima, Fortschritte bei der Gleichstellung

Für das Klima war 2025 kein gutes Jahr. Nach dem erfreulichen Nein zum Autobahnausbau im Vorjahr wurden die Umweltverantwortungsinitiative und die Zukunfts-Initiative der JUSO deutlich abgelehnt. Bundesrat Albert Rösti nutzte den Rückenwind, um das AKW-Neubauverbot infrage zu stellen, und auch beim Schutz und der Förderung der Biodiversität schaltete er den Rückwärtsgang ein. Über die

Finanzpolitik versuchte die bürgerliche Mehrheit, Klimamassnahmen gezielt rückgängig zu machen. Was das massive Abbaupaket von Finanzministerin Karin Keller-Sutter betrifft, gelang es uns immerhin, die schlimmsten Massnahmen abzuwenden.

Mehr Hoffnung machte die Gleichstellungspolitik: Dank unserer Kita-Initiative wird die Schweiz erstmals auf Bundesebene ein Kita-Gesetz erhalten. Es geht bei Weitem nicht so weit, wie wir es gerne hätten, aber es stellt einen echten Schritt vorwärts dar. Gleichzeitig erlebte die Schweiz einen Negativrekord bei Femiziden, und die Zahlen zu häuslicher und sexualisierter Gewalt blieben erschreckend hoch. Als das Parlament nicht einmal die Opferberatungsstellen angemessen finanzieren wollte, brauchte es eine halbe Million Unterschriften, damit es wenigstens einen kleinen Beitrag sprach.

Die Stärke liegt bei den Menschen

Genau hier liegt die Kraft, die uns ins Jahr 2026 trägt: im Engagement von Hunderttausenden. In einer Welt, in der das Recht des Stärkeren wieder salonfähig gemacht wird, ist dieser Widerstand nötiger denn je. Und er zeigt Wirkung. Darauf bauen wir.

Zum Video:





Sie machen im Bundeshaus Druck (v.l.n.r.): Tamara Funciello, Samuel Bendahan, Jessica Jaccoud, Cédric Wermuth und Samira Marti.

500'000 UNTERSCHRIFTEN GEGEN GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Eine solche Petition hat es in der Schweiz noch nie gegeben: Innerhalb von nur 72 Stunden haben wir im Dezember rund 500'000 Unterschriften für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gesammelt. Die Website war so überlastet, dass wir zwischenzeitlich ein provisorisches Ersatzformular erstellen mussten.

Der Auslöser für diesen beispiellosen Mobilisierungserfolg war ein skandalöser Entscheid des Nationalrats: Er hatte beschlossen, eine Million Franken für die Umsetzung der Istanbul-Konvention aus dem Budget zu streichen.

Der Appell zeigte Wirkung: Unter dem enormen öffentlichen Druck korrigierte der Ständerat den Entscheid. Die Million wurde gesichert.

Allerdings ist klar: Dieser Erfolg reicht nicht aus. Solange wir um jeden einzelnen Franken für den grundlegenden Schutz von Frauen vor Gewalt

kämpfen müssen, ist das Problem nicht gelöst. Die finanzielle Unterversorgung dieses Bereichs ist systemisch.

Vorbereitung einer Initiative gegen Gewalt

Deshalb gehen wir den nächsten Schritt und bereiten aktuell eine Volksinitiative vor, die eine dauerhafte, langfristige Lösung schafft. Wir fordern, dass die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt die notwendigen finanziellen Mittel erhält – flächendeckend. Betroffene von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt sollen den notwendigen Schutz und die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Mit den 500'000 Menschen haben wir bereits bewiesen: Der Druck und der Wille zu einer politischen Veränderung sind in der Bevölkerung vorhanden – jetzt muss dies einfach noch in Bundesbern ankommen!



Foto: Keystone/Marcel Bieri

Der Auftakt: Präsentation der «Initiative für eine Zukunft» an der fast ausgetrockneten Emme (2022).

DER KLIMASCHUTZ HAT EINEN SCHWEREN STAND



Der Backlash hinterlässt auch im Klimaschutz Spuren: Die «Initiative für eine Zukunft» der JUSO, die im November zur Abstimmung kam, verlangte für Superreiche die Einführung einer Erbschaftssteuer. Die Einnahmen daraus hätten für eine sozial gerechte Klimapolitik verwendet werden sollen, beispielsweise einen bezahlbaren öffentlichen Verkehr. Denn: Mit ihren Milliardeninvestitionen, Privatjets, Yachten und Megavillen schädigen Superreiche das Klima hundertfach stärker als Durchschnittspersonen. Die Initiative wurde deutlich abgelehnt, auch weil die Gegnerschaft viel Geld investierte und mit teils falschen Behauptungen sowie einer Anti-JUSO-Kampagne Stimmung machte.

Auch im Parlament und Bundesrat setzte sich rechte Politik durch. Zusätzliche Nachtzug-Verbindungen wurden von einer Mitte-rechts-Mehrheit im Parlament

verhindert. Und SVP-Bundesrat Albert Rösti arbeitete gar daran, das AKW-Neubauverbot zu kippen und damit die Energiewende zu torpedieren. Wohl-gemerkt: Es geht um ein Verbot, das 2017 vom Volk an der Urne bestätigt wurde.

Erfreulicher Kontrapunkt: Die Unterschriften-sammlung für einen nachhaltigen Finanzplatz zeigte, dass die Initiative einen Nerv trifft. Sie richtet den Blick auf den grössten blinden Fleck der Schweizer Klimapolitik – unseren Finanzplatz. Mit dem poli-tisch breit abgestützten Projekt sollen Banken und Versicherungen endlich dazu verpflichtet werden, mit ihren Milliardeninvestitionen keine extrem klima-schädlichen Projekte mehr zu finanzieren, wie bei-spielsweise den Kohleabbau oder die Erdölförderung in der Arktis.

4



Damit Wohnen nicht zum Luxus wird:
Lancierung der Mietpreis-Initiative im Frühling 2025.

NOCH MEHR MILLIARDEN FÜR DIE ARMEE

Die Kaufkraftkrise bleibt für viele Menschen die drängendste Sorge im Alltag. Weil Mieten und Krankenkassenprämien weiter explodieren, geraten immer mehr Haushalte finanziell unter Druck. Gleichzeitig will die bürgerliche Mehrheit Milliarden zusätzlich in eine Armee des 20. Jahrhunderts investieren. Besonders der F-35 entwickelt sich zunehmend zum Milliardengrab: steigende Kosten, Unsicherheiten bei Betrieb und Infrastruktur sowie fragwürdige Prioritäten zulasten der Bevölkerung. Dass die von der SP mitgetragene Petition gegen den F-35 im Juni 2025 innert kurzer Zeit über 40'000 Unterschriften

auf sich vereinigte, zeigt den breiten Unmut in der Bevölkerung.

Die SP setzt dem eine Politik entgegen, die den Alltag der Menschen verbessert. Im Zentrum steht die Entlastung bei den Wohnkosten. Deshalb unterstützt die SP die Lancierung der nationalen Mietpreisinitiative im Frühling 2025. Wohnen darf nicht zum Luxus werden. Statt Milliarden für Prestigeprojekte braucht es Investitionen in bezahlbare Wohnungen, starke Sozialwerke und eine Schweiz, die für alle funktioniert.



Wahlkampf mit Spass und Erfolg: Campaigning in Zürich.

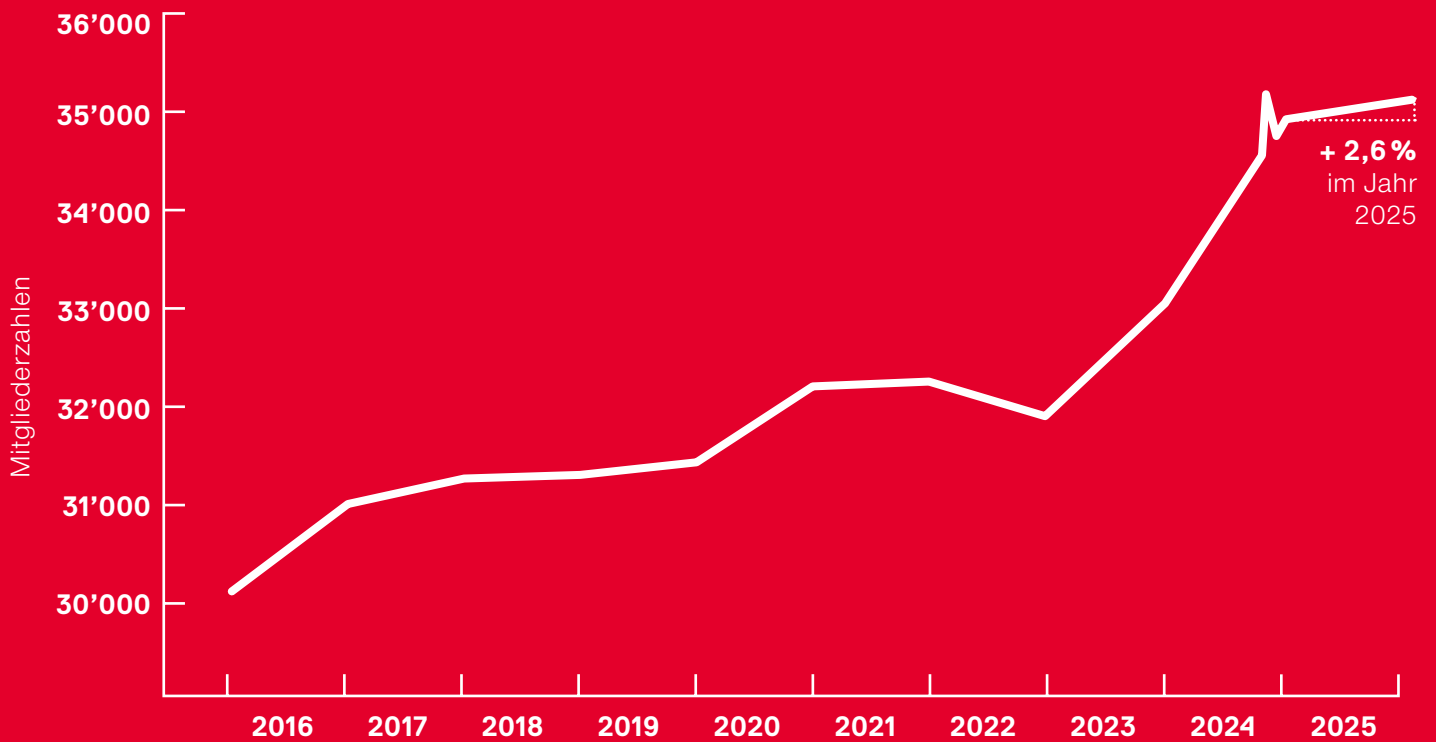
MIT ENGAGEMENT ZU ERFOLGREICHEN WAHLEN

Eine engagierte Basiskampagne bildet das Rückgrat erfolgreicher Wahlkampagnen. Im Frühjahr 2025 zeigte sich dies einmal mehr bei den kantonalen Wahlen in Solothurn und Neuenburg. Parallel dazu startete die Basiskampagne zu den kommunalen Wahlen in Zürich, kurz darauf im Aargau und in Riehen BS. Das im Herbst lancierte Pilotprojekt «Pour la démocratie – contre la haine» (Für die Demokratie – gegen den Hass) sorgte mit dem Aufbau von 25 Lokalkomitees in allen französischsprachigen Kantonen für den Grundstein der Mobilisierungsarbeit mit Sympathisant:innen gegen die Anti-SRG-Initiative, die 2026 zur Abstimmung kam.

Nach dem Kampagnenstart für die kantonalen Wahlen in Bern und die kommunalen Wahlen in der Waadt

waren im Herbst 17 Campaigner:innen in der Deutschschweiz und in der Romandie im Einsatz. Erfolgreiche Wahlkämpfe setzen Teamarbeit und Können voraus. An der Campaigning-Retraite in Ligerz BE lernten wir von den «Best Practices» aus verschiedenen Kampagnen, erweiterten unser Wissen mit fachlichen Inputs von Kampagnenexpert:innen und in Workshops.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Daher standen auch diverse Kleinprojekte zu kommunalen Wahlen, zur Gewinnung von Mitgliedern und Kandidierenden sowie zur Vorbereitung für die Mobilisierungskampagne vor den nationalen Wahlen 2027 an – alles Projekte, die wir mit grossem Elan angehen.



Entwicklung der Mitgliederzahlen von 2016 bis 2025.

DER AUFWÄRTSTREND HÄLT AN



Ende 2025 zählte die SP Schweiz mit 35'541 Mitgliedern gut 900 mehr als im Vorjahr. Der Aufwärtstrend der letzten Jahre hält an und zeigt: Die SP ist auf dem richtigen Weg. Das dezidierte Engagement für Kaufkraft, Gleichstellung und Klimaschutz zahlt sich aus. Gleichzeitig ist die SP auch die politische Heimat für Menschen, die sich gegen Rechtspopulismus, Neofaschismus und Backlash stellen. Das zeigt sich insbesondere bei entsprechenden Bildungsanlässen, die auf sehr reges Interesse stossen.

Die SP kann auf eine solide und starke Basis von engagierten Mitgliedern zählen, die sich zu einer klar linken Politik bekennen. In diesen national und international sehr herausfordernden Zeiten ist dies besonders wertvoll.

Einbindung in die Parteiarbeit

Austausch und Vernetzung sind gerade für Neumitglieder ein wichtiger Aspekt für die Einbindung in die Parteiarbeit. An unseren dreimal jährlich stattfindenden Online-Willkommensanlässen lernen Neumitglieder Parlamentarier:innen sowie Präsidiumsmitglieder kennen, die ihnen Informationen zur Partei, zu unseren wichtigsten Themen und zu Möglichkeiten des persönlichen Engagements vermitteln. Ebenfalls sehr rasch ausgebucht ist jeweils der jährliche «Bundeshausbesuch mit Cédric und Mattea» für Neumitglieder.

Neben diesen Anlässen bilden Organe und Themenkommissionen wichtige Elemente für die Einbindung von Neumitgliedern sowie deren Vernetzung. Die Organe unterstützen die SP dabei, die Bedürfnisse von oft diskriminierten Bevölkerungsgruppen zu erkennen und ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, während in den Themenkommissionen spezifisches Fachwissen erarbeitet und geteilt wird.

ZAHLEN & FAKTEN



BILANZ in CHF	2025*	2024
Umlaufvermögen	8'063'045	6'928'807
Anlagevermögen	117'738	93'875
Total Aktiven	8'180'783	7'022'682
Kurzfristige Verbindlichkeiten	792'258	624'917
Rückstellungen Kampagnen/Projekte	5'125'581	4'153'142
Rückstellungen übrige	1'658'000	1'643'000
Eigenkapital	604'944	601'623
Total Passiven	8'180'783	7'022'682

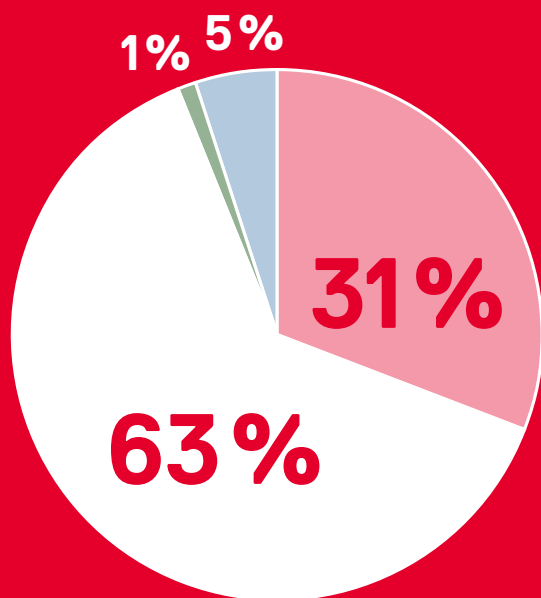
ERFOLGSRECHNUNG in CHF	2025*	2024
Mitglieder-/Solidaritätsbeiträge	2'443'062	2'315'041
Spendenertrag netto	4'228'381	4'236'038
Übrige Erträge	844'717	1'382'842
Total Ertrag	7'516'160	7'933'921
Personalaufwand	4'265'807	4'526'149
Sachaufwand	3'247'031	3'406'069
Total Aufwand	7'512'838	7'932'218

JAHRESERGEBNIS **3'322** **1'703**

Anzahl Mitarbeitende

Vollzeitstellen (FTE) per 31.12. 33,5 33,4

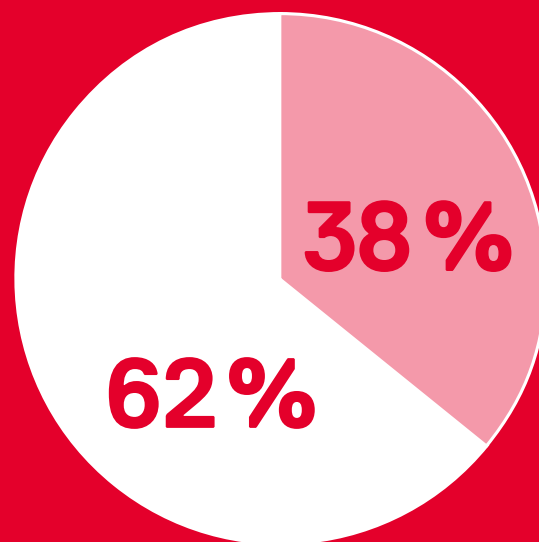
* Provisorische Zahlen: Die Rechnung wurde von der CORE Revision AG revidiert. Sie wird dem Parteitag von Mitte Oktober 2026 zur Verabschiedung vorgelegt.



MITTELHERKUNFT

Durchschnitt 2022–2025

- Mitglieder- und Solidaritätsbeiträge
- Spenden
- Beitrag Fraktion
- Übrige Erträge



MITTELVERWENDUNG

Durchschnitt 2022–2025

- Parteiorganisation
- Kommunikation, Kampagnen, Bildung

WOHER KOMMT DAS GELD?

Kleinspenden statt Wirtschaftsmillionen

Mehr als 35'500 Mitglieder sowie rund 28'500 Spender:innen bilden das Fundament unserer Partei. Sie tragen unsere Politik. Ohne sie wären unsere Kampagnen und unser Engagement für Kaufkraft, Klimaschutz und Gleichstellung nicht möglich. Denn im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien erhält die SP keine Millionen von Grosskonzernen oder Superreichen.

2025 unterstützten 28'494 Menschen die SP mit einer Spende.

Die Durchschnittsspende betrug 78 Franken.

Spenden über 15'000 Franken im 2025:

Anton Baumann sel., 40'471 Franken

Daniel Cornaz, 21'003 Franken

Die Mobiliar, 35'600 Franken

Raiffeisen Schweiz, 46'607 Franken

**HERZLICHEN DANK FÜR
DIE WERTVOLLE UNTERSTÜTZUNG!**

